

Stadtpolitik aufmischen

Mit der Gruppe „InitiativHaidhausen“ hat ein neuer Akteur die lokalpolitische Bühne betreten. Wer ist diese Gruppe? Warum hat sie sich gegründet und welche Ziele verfolgt sie?

Die außerordentliche Bürgerversammlung zur 2. S-Bahn-Stammstrecke im November vergangenen Jahres ist der Initiative eines Zusammenschlusses Haidhauser Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken. Unter dem Namen „InitiativHaidhausen“ (IH) sind die Bürgeraktivistinnen und Aktivisten dort mit mehreren Anträgen einer größeren Öffentlichkeit bekannt geworden (siehe HN 12/19 // 01/20).

Seit Jahren kennen sie sich, seit Monaten treffen sie sich regelmäßig. Es bestehen Verbindungen zum Arbeitskreis Schienenverkehr (AKS) des Münchner Forums, zu Ingenieurbüros und Bürgerinitiativen, die mit ihrer Expertise die Planungen zur 2. S-Bahn-Stammstrecke kritisch begleiten. „InitiativHaidhausen schöpft ihr Wissen aus dem Fachmilieu“, unterstreichen Richard Forward und Wolfgang Stöger im Gespräch mit den Haidhauser Nachrichten.

Die Planungen der Bahn für die 2. S-Bahn-Stammstrecke, auch die zuletzt modifizierten, die unser Stadtviertel gegenüber der früheren Planung weitgehend verschonen, erhalten schlechte Noten. Das milliardenschwere Projekt bringe nicht den notwendigen Nutzen für den Münchner Nahverkehr. Statt des Tunnels brauchten die Fahrgäste vorrangig schnelle Lösungen, wie den Eisenbahnring, den konsequenten Einsatz von Vollzügen (3 Triebwagen) und die Verdichtung des S-Bahn-Verkehrs zu einem 10-Minutentakt bei jeder Linie.

All dies kommt einem bekannt vor, ist es doch das politische Credo zahlreicher verkehrs- und umweltpolitischer Verbände sowie der schon lange kämpfenden Haidhauser Bürgerinitiative S-Bahn-Ausbau. Zur Bürgerinitiative sieht sich IH nicht als Konkurrenz, sondern

als Stärkung: Man verfolge die gleichen Ziele über unterschiedliches Vorgehen. So will IH ergänzend über formalen Widerstand gegen die Planungen hinaus verstärkt mit Flugblättern, Anträgen und ähnlichem die Öffentlichkeit informieren und aktivieren.

Darin spiegelt sich ein vornehmlich politischer Ansatz von IH. Genau dies macht der mittlerweile ausgeschiedene Bahn-Projektleiter Kretschmer den mit Sachverstand operierenden alternativen Fachverbänden und Fachleuten zum Vorwurf: „Gerade die Bürgerversammlung am 25.11.2019 hat wieder gezeigt, dass ein intensiver Austausch mit dem AK-Schienenverkehr keinen Mehrwert für das Projekt 2. S-Bahn-Stammstrecke hat, da Sie eine rein politische Diskussion anstreben.“ Wolfgang Stöger, weiterer IG-Gesprächspartner der HN: „Herr Kretschmer unterstellt den Kritikern der bisherigen Planung, stellvertretend dem AKS (Münchner Forum), das Projekt verhindern zu wollen. Keiner der von uns genannten Experten will etwas verhindern, aber wir wollen einen sinnvollen, machbaren Ausbau der S-Bahn-Infrastruktur“.

Anlass für fundamentale Opposition, so die Vertreter von IH, liefern die Bahn und die Spitzen der Politik, weil sie das Fachwissen alternativer Experten negieren und einen Dialog verweigern. Zudem, so ein weiterer Vorwurf, verhalten sich Münchner Stadtrat und Verwaltung so, als ginge sie der Tunnelneubau durch die Stadt eigentlich nichts an. Dies wirke sich nachteilig für die Münchner Bürgerschaft aus. Forward kritisiert unselbige Denkweisen in der Politik: „Die Stadt muss für einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr sorgen. Diese Aufgabe nimmt sie kaum wahr.“

Dennoch: Das Angebot von IH steht. Sie sucht Verbindung und das Gespräch mit politischen Parteien, der Verwaltung, der Bahn und mit einschlägigen Fachverbänden. Gibt es eine positive Resonanz? Nach Beobachtung von IH sehen die Grünen im Stadtrat die Planung der 2. S-Bahn-Stammstrecke als unterschiedene Sache, ähnlich verhalte es sich mit der SPD. Offenheit sei bei der LINKEN und der ÖDP zu registrieren, die beiden Parteien seien weiterhin mit dem Thema befasst.

Die Bahn erklärt wesentliche Änderungen der Planung lediglich zu „Optimierungen“. Klar ist allerdings, dass wegen der Verlegung des Haltepunkts Ostbahnhof für den neu gezogenen Ostteil der Trasse ein erneutes Planfeststellungsverfahren ansteht. Genauso muß eine Planfeststellung für die Neuplanung am Hauptbahnhof gestellt werden. Den damit verbundenen Zeitaufschub, so verlangt es IH mit AKS, Parteien und Bürgerinitiativen, solle die Stadt München für ihre Einflussnahme auf eine „grundsätzlich Überarbeitung des Gesamtkonzepts“ nutzen. Noch sei es dafür nicht zu spät, Denn wenn auch die Bahn, etwa mit dem Abriss des Hauptbahnhofs, Fakten schaffe, handele es sich bei den bereits in Gang befindlichen Bauarbeiten bislang „im Wesentlichen um begleitende und vorbereitende Maßnahmen“.

Lob hat IH übrig für ein Detail der außerordentlichen Bürgerversammlung: Bürgerinnen und Bürger hatten zu Beginn Gelegenheit, mit kurzen Fragen oder Statements direkt auf dem Podium sitzende Vertreterinnen und Vertreter der Bahn, ihrer Auftraggeber und der Münchner Stadtspitze anzusprechen. Dass anerkannte Experten

sich nicht umfassend äußern durften, stamme aus einer einseitigen Entscheidung des Direktoriums der Stadt, unterstützt vom Bürgerversammlungsleiter. „Es wäre auch anders möglich gewesen“, so Forward und Stöger. „Für die anwesenden Bürger wären fachlich begründete Alternativinformationen sehr hilfreich gewesen.“

InitiativHaidhausen bleibt aktiv und freut sich über neue Mitarbeiter*innen!

anb

Nachspiel

Mitsprache abgewürgt

Nachspiel zur außerordentlichen Bürgerversammlung vom November vergangenen Jahres: Hat das städtische Direktorium korrekt gehandelt, als es eine von einem Bürger und dem Bezirksausschuss Au/Haidhausen vorab verlangte Ergänzung der Tagesordnung ablehnte? Ist der Versammlungsleiter der Bürgerversammlung regelkonform mit einem Antrag zur Geschäftsordnung umgegangen?

Die Gruppe InitiativHaidhausen verlangt Aufklärung.

InitiativHaidhausen? Unter diesem Namen haben sich Haidhauser Bürger*innen zusammengeschlossen (siehe gesonderten Artikel). Mit der neuen Planung der Bahn zum 2. S-Bahn-Tunnel haben sie keinen Frieden geschlossen, auch wenn diese unserem Stadtteil die schlimmsten Verwüstungen ersparen (siehe HN 08/19 und 12/19-01/20).

Dank ihres Anstoßes haben die Bezirksausschüsse Au/Haidhausen und Berg am Laim die Abhaltung der außerordentlichen Bürgerversammlung beschlossen. Um dort alternative Expertinnen und Experten zu Wort kommen zu lassen, hat die Gruppe InitiativHaidhausen die Einräumung eines eigenen Tagesordnungspunktes verlangt. Auch diese Forderung fand die Unterstützung beider betroffener Bezirksausschüsse. Doch es kam anders. Das städtische Direktorium, zuständig für Organisation und Ablauf von Bürgerversammlungen, lehnte die Forderung nach einem eigenen Tagesordnungspunkt ab.

Auf der Bürgerversammlung selbst unternahm InitiativHaidhausen einen erneuten Versuch. Eines ihrer Mitglieder reichte zu Beginn der Versammlung einen Antrag zur Geschäftsordnung ein und kündigte an, diesen Antrag selber begründen zu wollen. Ziel des Antrags: Ein eigener Tagesordnungspunkt für einen Vortrag alternativer Expert*Innen.

Dies misslang. Der Versammlungsleiter Stadtrat Theiss verlas den Antrag und empfahl Ablehnung. Die Mehrheit der Versammlung folgte seiner Empfehlung.

Auf der Dezember-Sitzung des Au/Haidhauser Bezirksausschusses waren zwei Vertreter von InitiativHaidhausen zugegen. An den Bezirksausschuss ging die Frage, wie er die „Majorisierung“ durch das städtische Direktorium bewerte. Zusätzlich wünschten die Haidhauser Bürger vom Direktorium eine Prüfung der Vorgänge rund um die Bürgerversammlung.

Das Direktorium hat reagiert: Es trifft zu, dass sich die Stadt wegen Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung mit den betroffenen Bezirksausschüssen ins Benehmen zu setzen hat. Aber: „Benehmen bedeutet dabei ... nicht, dass dies im Einvernehmen geschehen muss“, so das Direktorium. Wünsche oder Forderungen von Bezirksausschüssen hätten nur empfehlenden Charakter. Im Übrigen sei der Bezirksausschuss Berg am Laim mit dem vom Direktorium geplanten Ablauf der Bürgerversammlung einverstanden gewesen.

Warum ließ der Versammlungsleiter den Antragsteller nicht selbst zu Wort kommen? Stand es ihm zu, eine Ablehnung des Antrags zu empfehlen? Ja, so die Antwort des Direktoriums: „Die Versammlungsleitung kann zu allen eingebrachten Anträgen Stellung beziehen. ... Anträge zur Geschäftsordnung in Bürgerversammlungen sind nicht wie Sachanträge zu behandeln. Es war daher zulässig, den Antrag vorzulesen und eine Abstimmung darüber herbeizuführen.“

Hm.

anb